

Solidarität

Organ für die Interessen aller im graphischen Berufe beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

Erscheint alle vierzehn Tage Sonntags. — Preis vierteljährlich 50 Pfennig. — Anzeigen, die dreispaltige Zeitzeile 20 Pfennig; Anzeigen, den Arbeitsmarkt betreffend, 10 Pfennig. — Sämtliche Postankalten sowie die Expedition, Alexander-Str. 5 nehmen Abonnements an. — Eingetragen unter Nr. 7149 im Post-Zeitungsverzeichnis.

Die Verschmelzung der beiden Berliner Zahlstellen

stand auf der Tagesordnung einer außerordentlichen Mitglieder-Versammlung der Zahlstelle II, Berlin, am 10. Juni. Kollegin Thiede referierte und Kollege Wittig hatte das Korreferat übernommen. Nach Erledigung einer persönlichen Angelegenheit, die Kollegen Falkenberg und Zahns betreffend, referiert Kollegin Thiede und führt ungefähr Folgendes aus: Das auf der heutigen Tages-Ordnung stehende Thema dürfte Niemand überraschen, da ja bekannt sei, daß dies von einer Organisation, den Kolleginnen, gewünscht wäre. Eine Nothwendigkeit habe sich herausgestellt, die Verschmelzung vorzunehmen, schon dadurch, als jetzt zwei Vorstände bei einzelnen Vorkommnissen in den Druckereien zu verhandeln haben, was schon häufiger passiert sei. Seien schon vor Jahren Versuche gemacht und zurückgewiesen, so komme jetzt in Betracht, daß ganz andere Verhältnisse herrschen, die den Zusammenschluß unbedingt erfordern. An der Hand der Ausgaben wird die Kollegin nachweisen, daß beim Zusammenschluß beide Theile auf ihre Rechnung kommen. So hat die Zahlstelle I für die Entlohnung der Nachweiserin, für Telephon, Miethe, Heizung und Remunerationen eine Ausgabe von 1911 Mk. ohne Trudiacien. Die Zahlstelle II dagegen hat eine Ausgabe von 1857 Mk. ebenfalls für Remunerationen, Sitzungen, Miethe, Entschädigung für den Nachweiser, Telephon etc. Nun ist es möglich, daß für dieses Geld beide Organisationen verwaltet werden können und auch noch ein Ueberschuß von ungefähr 1500 Mk. verbleibt, der den Mitgliedern zu gute käme, es könnten hiermit die Unterstützungszweige ausgebaut werden. Auch die Arbeitsnachweise könnten sehr gut verwaltet werden in einer für die Mitglieder bequemen und nützlichen Weise. Nun mache sich leider in Zahlstelle II eine Strömung bemerkbar, die sich mit der Verschmelzung nicht einverstanden erkläre; hier käme aber der prinzipielle Standpunkt in Betracht und nicht Sonderinteressen. Die Oktobervorgänge seien es, die die Kollegen zurückhaltend stimmen, diese seien aber entstanden, nachdem Zahlstelle I 800 Mk. Defizit gehabt habe; sie sei dadurch dazu gekommen auszuscheiden, da sie durch den Verband geschädigt würde. Der Vorstand der Zahlstelle II habe seiner Zeit die Hand dazu geboten, daß Zahlstelle I dem Verband erhalten bleibt und heute ziehe er diese Hand wieder zurück. Es wurde damals beschlossen, 10 pCt. des Verbandsbeitrages am Orte zu belassen, aber auch hierbei könnten die Kolleginnen nicht existiren, denn im ersten Vierteljahr nach den bekannten Vorgängen haben sie sich müssen 150 Mk. Vorschuß zurückbehalten, im zweiten ebenfalls 100 Mk., zusammen 250 Mk. Auch in diesem Vierteljahr dürfte ein Vorschuß sich nothwendig erweisen. Diesfach sei gesagt worden, die Beiträge müßten erhöht werden, dies wäre vielleicht der einzige und richtige Weg, aber dies sei nicht möglich, da erst im Oktober die Beiträge um 5 Pf. erhöht worden sind; außerdem bezahlen auch die

Kolleginnen, nicht wie in Zahlstelle II die Lokalfasse, selbst die Unkosten zur Delegation. Mit einer Beitragserhöhung müsse man warten bis in einer günstigen Zeit die Löhne erhöht werden, dann könne auf Grund dieser Lohnerhöhung auch eine Beitragserhöhung vor sich gehen. Man sei auch auf einzelne Streitigkeiten in der Zahlstelle selbst zurückgekommen, diese gäbe es aber überall, denn Opposition müsse sein. Es scheine aber, als ob die Berliner Kollegen sich fürchten mit Frauen in einer Organisation zusammen zu arbeiten; in anderen Zahlstellen hat man die Frauen mit aufgenommen. Bis jetzt ist in Zahlstelle I immer ein Vorstand gewesen, der die Chancen aufrecht hielt, aber wenn der Vorstand mal abdankt, dann wird es schwer sein, einen solchen zu finden und dann ist es bei einem event. Vorgehen der Zahlstelle II eine Frage, ob man sich Kollegen geschaffen oder aber Gegner; auch dies sei ein Grund für den Zusammenschluß. Die Behauptung, der Verband schade den Organisationen, sei ein irriger, sind augenblicklich auch pekuniäre Vortheile nicht zu erblicken, so sei doch derselbe in moralischer Beziehung in Deutschland sehr vortheilhaft. Rednerin verbreitet sich nun in eingehender Weise über das Unterstützungswesen in Zahlstelle I, es geht daraus hervor, daß erst seit dem Jahre 1895 kleinere Unterstützungen neben dem unentgeltlichen Arbeitsnachweis eingeführt wurden. Es werde sich ja zeigen, ob die Ausführung der Referentin oder des Korreferenten vor der Öffentlichkeit bestehen können, jedenfalls könne es aber so nicht weiter gehen, denn die Einnahmen und Ausgaben decken sich in Zahlstelle I, beispielsweise sei, außer einer Arbeitslosen-Unterstützung von 17 Mk., die gesammte Einnahme für die Verwaltung verbraucht. Jedoch stehe die Zahlstelle I nicht so da, wie die Kollegen denken; es sei immer noch Geld vorhanden, aber man wolle nicht ganz abwirtschaften, um dann bei den Kollegen zu kommen. Thatsache sei, daß mehrere Gründe für einen Zusammenschluß sprechen, es sei ein besseres, gedeihliches Verhandeln vor allen Dingen dann möglich; allerdings müssen Einzelinteressen in den Hintergrund treten. Im Uebrigen werde ja die Diskussion, an der sich hoffentlich die Kollegen recht rege betheiligen werden, noch mehr Momente ergeben.

In seinem Korreferat betont Kollege Wittig, daß sich der Vorstand der Zahlstelle II in verschiedenen Sitzungen mit der Sache beschäftigt habe, er sei zu dem Schluß gekommen, daß der Zahlstelle II beim Zusammenschluß ein Defizit erwächst. Berechnungen haben ergeben, daß für den Nachweis, der zusammengelegt werden müsse, unbedingt ein Bureau eingerichtet werden muß. Es wäre also nothwendig, zwei Zimmer im Centrum der Stadt zu miethen, außerdem müßte der Nachweis nicht wie jetzt bei Zahlstelle I bestimmte Stunden, sondern den ganzen Tag geöffnet sein, denn Abends um 9 Uhr kommen sogar noch Prinzipale, die um Personal erfragen. Es müßte außerdem ein Beamter angestellt werden, der unter 30 Mk. wöchentlich nicht zu haben sein dürfte. Der G. E.-Artikel besage, daß ein Kassen-

bote angestellt werden könne, dies sei undurchführbar, denn derselbe würde nicht nur in einzelnen Druckereien verhöht, in anderen würde er „ausgeschmissen“ werden. Kollege Wittig führt an der Hand einer Berechnung vor Augen, daß bei einer Einnahme von 35 Mk. wöchentlich durch die Zahlstelle II (350 Mitglieder à 10 Lokalzuschlag) ein ungefährer Ueberschuß von 8,50 Mk. zu verzeichnen sei. Für diese 8,50 Mk. solle alles andere, außer der Verwaltung, bestritten werden. Nun wird es sich aber noch als nothwendig erweisen, daß neben dem ersten Beamten, der vollständig mit dem Arbeitsnachweis zu thun haben wird, ein zweiter Beamter zur Agitation etc. eingestellt werden müßte, denn bei einem dann vorhandenen Mitgliederbestand könne nicht verlangt werden, daß ein in Arbeit stehender Kollege die Agitation bereite. Es würden also die 30 Mk. für den zweiten Beamten vollständig der Zahlstelle II zur Last fallen. Ein besseres Arbeiten bei Lohnbewegungen beim Zusammenschluß kann sich Redner nicht denken, denn beide Zahlstellen arbeiten jetzt schon zusammen; so hat beispielsweise der Vorstand der Zahlstelle II immer den der Zahlstelle I in der Agitation unterstützt. Kollegin Thiede hat in ihrem Referat angeführt, daß eine Beitragserhöhung in Zahlstelle II nur dann vorgenommen werden könne, wenn eine bessere Konjunktur eintrete, dies würde nicht geschehen, da eine bessere Geschäftskonjunktur, als die jetzige, nicht eintreten könne, wir also eher mit einer schlechteren als besseren Konjunktur zu rechnen haben. Die Kolleginnen sind aber besser gestellt als man annimmt und können 5 Pf. Beitrag mehr bezahlen; die Mitglieder, die dadurch abspringen, kommen wieder, wie uns die Erfahrung in Zahlstelle II gelehrt, und drücken dann ihr Bedauern über ihren derzeitigen Austritt aus. Die Zahlstelle II habe vor Jahren eine Krankenunterstützung eingeführt, dieselbe müßte fallengelassen werden, da sich herausstellte, daß die Ausgabe unsere Kasse zu sehr belastete; es mußten aber gleichzeitig die Beiträge erhöht werden, da die Einnahmen mit den Ausgaben nicht gleichen Schritt gehalten. Damals konnten wir an keine Thür klopfen, damals waren wir auf Selbsthilfe angewiesen. Wenn nun gesagt werde, daß die Kolleginnen aus ideellen Gründen eine Verschmelzung herbeiführen, so befreite er dies entschieden; denn die Kollegin Heydenmann habe in einer Sitzung selbst angeführt, als ihr gesagt wurde, die Beiträge müßten erhöht werden: „Wenn wir die Beiträge erhöhen können, dann brauchen wir keine Verschmelzung.“ Hat die Zahlstelle II im Oktober die Kolleginnen, die verbandstreu, aufnehmen wollen, so sei in Betracht zu ziehen, daß die damalige Sache zu überrascht kam und der Vorstand sich sagte, wir werden nachher sehen, wie sich die Sache forciren läßt. Zahlstelle I habe sich im Oktober mit den 10 pCt. verrednet; im Uebrigen verstehe er die Initiative des Centralvorstandes, derselbe sei verpflichtet eine derartige Zahlstelle zu halten; aber nicht damit die Existenzfähigkeit einer anderen Zahlstelle zu untergraben. Zum Schluß empfiehlt Redner auf folgender Seite stehende

Resolution.

Die heute am 10. Juni 1900 in den Armihallen tagende Versammlung der Zahlstelle II des Verbandes der Buchdrucker-Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands erklärt sich im Prinzip nicht gegen eine Verschmelzung der beiden Berliner Zahlstellen.

Da jedoch unter der jetzigen Vertragsform der Zahlstelle I die Zahlstelle II bei Vorherrschen der Verschmelzung mit sehr bedeutenden Mehrausgaben, welche von den Beiträgen der Kollegen gedeckt werden müßten, belastet, durch diese Mehrbelastung aber die Existenzfähigkeit der Zahlstelle II in Frage gestellt würde, verlangt die Zahlstelle I als Gegenleistung, daß einer Verschmelzung der beiden Berliner Zahlstellen eine Beitragserhöhung bei den Mitgliedern der Zahlstelle I vorausgeht.

An der Diskussion beteiligten sich mehrere Kollegen. Kollege Falkenberg, der wiederholt das Wort ergreift, ist gegen den Zusammenschluß; er befürchtet, daß es durch denselben so kommen würde, wie bei den Buchdruckern.

Kollege Stephan ist ebenfalls gegen eine Zahlstelle von 400 Mitgliedern muß existenzfähig sein, denn was sollen dann die Zahlstellen Hamburg, Breslau u. machen. Könnte die Zahlstelle unter den obwaltenden Verhältnissen nicht existieren, so müßten die Beiträge erhöht oder verjüngt werden, die Ausgaben zu verringern.

Kollegin Thiede kommt nochmals auf die anzustellenden Beamten zu sprechen. Es werde immer von Beamten gesprochen, die 30 Mk. erhalten müßten. Allerdings, würden Kollegen eingestellt, so müßten 30 Mk. gezahlt werden, aber man habe ganz vergessen, daß es auch Kolleginnen giebt. Im Uebrigen seien die angeführten Gründe ziemlich kleinlicher Natur.

Kollege Lodahl erklärt sich für den Zusammenschluß.

Kollege Bendert weist auf Breslau hin; dort waren die Kollegen zufrieden, als weibliche Mitglieder der Organisation fernblieben. (2. Red.)

Kollege Reink weist unter anderem nach, daß der vereinigte Nachweis nicht weiblich geführt werden könne und ist gegen einen Zusammenschluß.

Kollege Wagle und Bleich sind ebenfalls gegen die Verschmelzung.

Kollege Köhnisch betrachtet es als großen Fehler, wenn die Verbindung beider Zahlstellen nicht vor sich geht. Es sei Pflicht des Mannes, die Frau als selbstberechtigt heranzubilden.

Es sprechen noch die Kollegin Thiede, die einzelne Unrichtigkeiten korrigiert, Kollege Rohnhaupt, der sich gegen eine Verschmelzung in längerer Ausführungen ausspricht, Kollege Jahns, der die 90er Bewegung näher bespricht und Kollege Langusch, der befürwortet, daß nur die Nachtheile vorgeführt sind; treten wir in eine Lohnbewegung ein, so wird Zahlstelle I nicht hinter uns stehen.

In ihrem Schlußwort führt Kollegin Thiede vor Augen, daß es nur wenige Redner waren, die für die Verschmelzung sprachen. Wiederholt sei auf die Unterstüßungen in Zahlstelle II hingewiesen, sie sei der Meinung, daß eine Kampforganisation nur arbeitslosen Unterstüßung zahle und da höre es auf. In einer Sitzung seien die Mitglieder des Vorstandes der Zahlstelle II für den Zusammenschluß, in einer anderen gegen diesen gewesen, was auch zu denken gebe.

Zum Schluß beantragt Kollegin Thiede folgende Resolution:

„Die heute stattfindende Versammlung beschließt, daß eine Kommission gewählt wird, die den Zusammenschluß der beiden Berliner Zahlstellen zu forcieren hat. Die Kommission wird beauftragt, der nächsten Versammlung eine genaue Berechnung über Einnahme und Ausgabe zu schaffen und dann Bericht zu erstatten. Der Berechnung soll die gleiche Einnahme gegenübergestellt werden, die Zahlstelle I durch den Vorkaufschlag erzielt. Als Ergänzungskommission wäre der Vorstand der Zahlstelle I zuzusetzen, da andere weibliche Mitglieder nicht hier sind.“

Kollege Wittig weist zunächst in seinem Schlußwort verschiedene Ausführungen des Kollegen Köhnisch zurück. Außerdem hat auch Kollege Langusch Unrecht, denn bei einer Lohnbewegung müßten die Kolleginnen hinter uns stehen, das besage schon das Streikreglement. Wenn die Kolleginnen unserer Organisation angehören, so haben sie dasselbe Recht als die Kollegen, andererseits können aber höhere Unterstüßungen nicht festgelegt werden. Er plaidiert nochmals für Annahme seiner Resolution.

Nach einzelnen persönlichen Bemerkungen wird zur Abstimmung geschritten, die die Annahme der Resolution Thiede ergibt. Die Kommission soll aus fünf Mitgliedern bestehen und aus Vorstandsmittgliedern, die der Vorstand der Zahlstelle II unter sich zu wählen hat, zusammengefaßt sein.

Hiermit endete die für die Organisation wichtige Versammlung nach vierstündiger Dauer.

Die Gutenberg-Gedenkfeier in Berlin.

„Man soll die Feste feiern, wie sie fallen“; ein bekanntes Sprichwort, das besonders der Verein der Berliner Buchdrucker und Schriftsetzer bei Arrangierung des Gutenbergfestes in der That beherzigte, denn er frag nicht danach, ob das Fest 8 Tage früher oder später stattfindet, es findet eben am 17. Juni im Circus Schumann statt und Alle, Alle werden kommen. Er hatte nicht unwecht, der geräumige Circus war fast auf den letzten Platz gefüllt; es mögen über 6000 Personen dagewesen sein, wer sollte diese Masse, in der Arm und Reich vertreten war, zählen.

Schon um 5 Uhr begann die Völkerverwanderung sich über das Oranienburger Thor wie vom Hallschen Thor über die Weidendammer Brücke nach der engen Karlstraße und dem Circus zu ergießen und um 6 Uhr war ein Leben und Treiben in den runden Straßen „hinter dem Circus“, daß man glauben konnte, daß mindestens die höchste Persönlichkeit der Welt jede Minute erscheinen würde. Die Straßen wurden leer und der Circus füllte sich.

Was unsere Feder nicht vermag zu schildern, wollen wir besserer Leute überlassen, und da soll unser Parteiorgan, der „Vorwärts“, in seinem wirklich objektiven Bericht zuerst das Wort erhalten. Derselbe schreibt:

Gutenbergfeier.

An einem Abend wie dem vorgestrienen war es nichts Kleines, die freie Natur mit der Schwüle des geschlossenen Raumes zu vertauschen. Aber der Freiheit des Geistes sollte eine Huldigung bereitet werden, und das war Wohnung genug für die Angehörigen des Vereines Berliner Buchdrucker und Schriftsetzer, Mann für Mann zur Stelle zu sein. Das alte Circusgebäude in der Karlstraße mag sich verunbertet getraut haben, was denn eigentlich mit ihm geschehen ist, nachdem es von einer Herberge für halbschreiende Künste und platte Späße in voriger Woche erst durch die Straßenbahner-Versammlung zu einer Kampfstätte im proletarischen Befreiungskriege aufgerichtet und nun gar zu einem Kunstmuseum im ehrenhaften Sinne des Wortes hergerichtet worden ist. Aber die alten Mauern lohnten das Ansehen mit Dank und stehen in prächtiger Klarheit die Töne des Krönungsarschives aus der „Propheet“ wiederhallen, mit dem die Feier von Gutenberg's fünfshundertem Geburtstag eingeleitet wurde. Dann trat der Vereinsvorsitzende Masini auf das Podium und hielt in kurzer schlichter Ansprache die Erschienenen willkommen. Er begrüßte die Mitglieder des Parlaments, des Magistrats, der Stadtverordnetenversammlung, sowie der gelehrten Körperschaften, die der Einladung des Buchdruckervereines gefolgt waren, und hattede ihnen, wie auch den Angehörigen der schwarzen Kunst im weiteren Sinn, den Mitgliedern der Presse, der Prinzipalität sowie den zu Tausenden erschienenen eigentlichen Berufsgenossen den Dank des Vereines ab. Hierauf folgten einige Konzerte, die von der rühmlich bekannten Volksliedertafel Typographia sowie von dem vortrefflichen Berliner Sinfonie-Orchester vorgetragen wurden. Wohlverdienten Beifall erntete die Hymne an Gutenberg. „Es werde Licht“, deren Flammen-sprechende Worte von dem auch unseren Lesern bekannten Buchdrucker Hermann Schmidt gedichtet, von einem andern Buchdrucker, dem 60jährigen, jetzt leider auf dem Krankenbett daniederliegenden F. Goldsch, aber in Musik gesetzt worden sind. Natürlich fehlte auf der Feier auch das geliebte Wort nicht. Der Hofkapellmeister Dr. Max Pohl trug einen von Heinrich Hart verfassten Festprolog vor, der in die Worte ausklang:

„Die Geister sind frei — die Welt ist erwacht,
Wissen ist Freiheit, Wissen ist Macht!“
Herr Dr. Rudolf Steiner aber hielt die schwingende

volle Festschreie, die der Bedeutung Gutenberg's und seiner großen Erfindung gerecht wurde. Den Schluß der etwa vierstündigen Feier bildete ein Festspiel „Gutenberg's Traum“, worin Buchdrucker, Lithographen, Steindruck- und Buchbinder dem Vater der graphischen Kunst huldigten.

Die Ehrung Gutenberg's war in zweifacher Hinsicht beachtenswert. Einmal, weil auch sie zeigte, daß organisierte Arbeiter im harten Kampfe um das tägliche Brod durchaus nicht der idealen Aufgaben verzeihen. Die Buchdrucker-Gesellschaft hat in künstlerischer Form den für sie wie für die ganze Kulturmenschen bedeutenden Gedenktag der Geburt ihres Altmeisters feiern wollen. Nicht nur, daß ihr dies wohlgelungen ist, sie hatte auch die Genugthuung, alle ihre Angehörigen mit dem Herzen, von edler Begeisterung getragen, bei der Sache zu sehen. Ein Volkstanz war es, bei dem ein jeder, nicht von bloßer Neugierde getrieben, sondern mit vollem Verständnis, mit ganzer Seele zugegen war.

Dann aber war das Buchdruckerfest bedeutungsvoll dadurch, daß es der Außenwelt von dem Einfluß, von der geistigen und der materiellen Stärke einer guten gewerkschaftlichen Organisation ein Bild gab. Dank ihrer können, wie sich hier zeigte, Arbeiter den Unternehmern des Veruns in Gesicht geistiger Ebenbürtigkeit und gesellschaftlicher Gleichberechtigung gegenüberzutreten; dank ihrer hat der Unternehmer gelernt, die Persönlichkeit des Arbeiters zu achten, der er sich in anderen Veruns noch im dunkelhaften Hochmuth des absolutistischen Herrenthums entgegenstellt.

So das Urtheil des „Vorwärts“ über das glänzend verlaufene Fest. Wir wollen aber auch einige andere Zeitungen citiren, schon aus dem Grunde, weil es erfreulich ist, konstatiren zu können, daß fast sämtliche Blätter Notiz von dem seltenen Fest genommen haben.

Die „Berliner Zeitung“ sagt:

Der „Verein der Berliner Buchdrucker und Schriftsetzer“, der dem großen deutschen Buchdruckerverbande angehört, hatte die Einladung zur Feier ergehen lassen, und daß außer der gemeinsamen Prinzipalität Vertreter des Reichstages, der städtischen Behörden, unserer kaiserlichen Akademien und Museen seinem Ruf Folge geleistet hatten, war ein Zeichen dafür, daß die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiterkraft von all diesen Kreisen nunmehr als etwas Volkstüchtiges, Dittielles angesehen wird. Von jeher sind die Buchdrucker die Elite und Vorkämpfer der deutschen Arbeiterschaft gewesen und deshalb darf man annehmen, daß, was ihrer Organisation jetzt recht ist, nach Verkauf weniger Jahre den anderen Arbeiterorganisationen billig sein wird. (Wollen wir wünschen. Die Red.)

Die „Vossische Zeitung“ schreibt:

„Die Gutenberg-Feier, die der Verein der Berliner Buchdrucker und Schriftsetzer am Sonntag zum 500. Geburtstag ihres Altmeisters im Circus Schumann veranstaltet hatte, gestaltete sich zu einer großartigen Kundgebung des Berliner Buchdruckerwerkes. Der mächtige Raum war dicht gefüllt. In den Logen sahen wir nehmen vielen anderen Ehrengästen die in Anstalt erschienenen Vertreter der Stadt, den Stadtnath Wugdan und die Stadtverordneten Dr. Wertheimberg, Rosenow, Barth, Straß und Frid. Auch viele Chefs großer Berliner Druckereien waren erschienen.“

Wehnlich klangen die Berichte der übrigen Tageszeitungen, und die Buchdrucker Berlins dürften damit zufrieden sein. — t

Nachmals die Verschmelzung.

Wenn ich nach dem Verlauf der letzten Versammlung, welche sich mit der Verschmelzung der beiden Berliner Zahlstellen beschäftigte (siehe 1. Art.) auch den Eindruck hatte, daß der Zusammenschluß mit einer geringen Majorität durchgegangen wäre, so glaube ich doch jetzt, obwohl ich nichts schlichter als die Vereinigung wünsche, daß diese augenblicklich nicht von Vortheil für die beiden Organisationen sein würde, da die Meinungsverschiedenheiten bei den Verhandlungen in einer derartig krassen Weise zu Tage traten, daß vor der Hand an ein friedliches Zusammenarbeiten nicht gedacht werden kann. Ferner kann nie etwas Ersprißliches geschaffen werden, wenn die Hälfte der Mitglieder nur widerwillig an die Arbeit geht, um so weniger, da bei den Schwierigkeiten (???) Red.), welche die Verschmelzung mit sich bringt, jeder Einzelne ein gutes Theil Arbeitsfreudigkeit besitzen müßte.

Der Grund, daß die Agitation für die Verschmelzung noch so wenig Gegenliebe gefunden hat, liegt meiner Meinung nach in der ungenügenden Vorbereitung zur Bearbeitung des Festes. Die ganze Sache kam derartig schnell, daß die meisten Kollegen erst erfahren, um welche Sache es sich handelte als die Angelegenheit bereits am Schlusse angelangt war. Somit hatte man nicht genügend Zeit, sich in die Sache zu vertiefen. Jedenfalls wäre der Erfolg ein anderer gewesen, wenn man ein wenig geschickter zu Werke gegangen wäre. Ich halte es daher für rathsam, die Angelegenheit vorläufig zu ver-

lagen, sie aber jetzt im Auge zu halten, um, wenn die jetzigen Vorurtheile geschwunden sind, von Neuem ins Feld zu treten, alsdann wird der Erfolg nicht ausbleiben.

Ich will nun noch einmal auf den „le“-Artikel in der vorigen Nummer der „Solidarität“ zurückkommen. Hier muß ich es zunächst zurückweisen, daß die Verschmelzung vom Zentralvorstand ausgegangen sei. Es war im Gegenteil für diesen eine Lebensfrage, als das Flugblatt für die Verschmelzung verbreitet wurde. Allerdings war das darin angegebene Ziel dem Zentralvorstand sympathisch, um so mehr, als die Anregung von einer Seite kam, die sonst als der Verschmelzung abhold angenommen wurde. Ferner bot sich hier der beste Weg, aus den bisherigen Schwierigkeiten zu kommen. Es war daher die Pflicht des Zentralvorstandes, nachdem er die Vortheile, welche sich infolge der Vereinigung der beiden Berliner Zahlstellen für den Verband ergaben, erkannt hatte, die Sache nach Kräften zu fördern. Wie man daraus dem Vorstande einen Vorwurf machen, oder gar vom „selbst“ gegebenen Grabe“ reden kann, ist mir unerfindlich. Weit näher liegt es, wenn bei derartig hartem Festhalten an Vorurtheilen die eine oder andere Zahlstelle zu Grunde gehen würde, dann wären aber andere Personen die Todtengräber der Zahlstellen und des Verbandes.

Der Kollege „le“ beitrete nun jedem Vortheil, der sich durch einen Zusammenschluß der beiden Berliner Zahlstellen ergeben würde. Ich behaupte: Jede Konzentration bedeutet einen Vortheil schon deswegen, weil man ein einheitlicheres Arbeiten hat und Kräfte und Mittel bedeutend leistungsfähiger als bei der jetzigen Zersplitterung sein werden. Daß bei einer erhöhten Mitgliederzahl die Arbeit wächst, ist selbstverständlich. Aber denkt der „le“-Artikelschreiber, daß die jetzigen Zustände in Zukunft so bleiben werden, wie sie jetzt sind? In absehbarer Zeit werden wir zur Einrichtung eines Bureau's schreiten müssen. Daß alsdann die Kosten für jeden Theil größer sind, als wenn beide Theile sich zusammengeschlossen haben, liegt klar auf der Hand. Es wird nun mit einem Nachdruck, der einer besseren Sache würdig wäre, auf die vielerlei Arten der Unterstützung gewiesen, welcher die Kollegen theilhaftig werden und mit einer gewissen Geringschätzung auf die Kolleginnen gezeigt, die nur Arbeitslosenunterstützung beziehen. Ich muß offen gestehen, daß sich ein derartiger Hinweis wohl für einen Unterstützungsverein sehr gut ausnimmt, nicht aber für eine Kampfesorganisation, die wir doch sein wollen. Der größere Opfermuth liegt in diesem Falle unbestreitbar auf Seiten der Kolleginnen, denn man kann doch den Beitrag von 25 Pfennigen pro Woche nicht etwa als niedrig für Frauen bezeichnen. Der Vergleich zwischen Hilfsarbeitern, welche 18 Mk. und Hilfsarbeiterinnen, die 17 Mk. verdienen, stimmt denn doch etwas zu sehr. Wenn Kollege „le“ gerecht sein wollte, hätte er den Durchschnittslohn beider Kategorien angegeben, nicht aber auf der einen Seite die höchsten und auf der anderen die niedrigsten Löhne herangezogen sollen. In Wirklichkeit sind es von den organisierten Kolleginnen nur 50, welche 17 Mk. und 100, die 16 Mk. erhalten, indeß 75 nur bis 9 Mk. verdienen und die Mehrzahl einen Lohnsatz von 14—15 Mk. hat. Wenn man dabei ins Auge faßt, daß darunter viele Frauen sind, die des Ernährers beraubt oder aus irgend welchen Ursachen durch unsere sozialen Verhältnisse gezwungen werden, den Familienunterhalt zu bestreiten, so kann es nicht im geringsten fraglich sein, auf welcher Seite die Mehrbelastung ruht. Dazu kommt noch, daß erst vor einem halben Jahre der Beitrag bei den Kolleginnen um fünf Pfennige erhöht worden ist, und daß sich unter solchen Umständen der Vorstand scheut, schon jetzt wieder mit einer Beitragserhöhung zu kommen, wird jeder gewerkschaftlich organisierte Arbeiter begreifen.

Es bliebe somit noch der persönliche Krampf, der den Artikelschreiber zum Gegner der Verschmelzung macht. Aber wäre das nicht vielleicht ein Grund mehr, der für die Verschmelzung spricht. Ich dachte, gerade die sich doch vorgeschrittener dünkenden Kollegen sollten es doch versuchen, darauf hinzuweisen, daß das Persönliche vermieden wird und die Betreffenden an ernste Sachen gewöhnt werden. Im Uebrigen kann ich die ganzen Einwände, die gegen die Verschmelzung zu sprechen scheinen, nur als kleinlich bezeichnen. Denn es ist kleinlich und widerspricht allen demokratischen Prinzipien, wenn bei derartig bedeutungsvollen Fragen, vor allem immer die finanziellen Vor- und Nachteile in den Vordergrund gehoben werden; wenn immer wieder darauf hingewiesen wird, daß die Kolleginnen bei ihren etwas geringeren Verdiensten auch vielleicht etwas von den Vortheilen profitieren würden, die die Kollegen genießen. Da vermißt man völlig jenes ideale Streben, das an die soziale Bewegung unserer Tage geknüpft ist, das der gesamten Arbeiterbewegung erst die unüberwindliche Macht gegeben, mit der die Arbeiterklasse sich nach und nach aus den Fesseln des Kapitalismus befreien wird. Die mächtigste Waffe zu diesem Zwecke ist und bleibt die Organisation. Diese auszubauen, muß daher die vornehmste Aufgabe der Arbeiterklasse sein. Je schwächer der Einzelne, um so mehr hat er diese Schwäche durch die Zahl zu erregen und diese stärkt sich durch engeres Anknüpfen, wodurch erst ein einheitliches Arbeiten ermöglicht wird. Darum fort mit

allen Kleinlichkeiten, fort mit allen Sonderinteressen. Unsere Stärke beruht ausschließlich im gemeinsamen Kampfe. Ein jeder muß im Stande sein, der Allgemeinheit Opfer zu bringen, nicht nur seiner eigenen Person, das Wohl und Wehe seiner ganzen Klasse, der gesamten Arbeiterklasse muß ihm am Herzen liegen. Haben wir das erst begriffen, daß dieser Gedanke bei uns Fuß gefaßt, dann wird eine nach Geschlechtern geordnete Organisation unmöglich sein, dann werden wir nicht nur vereint kämpfen, sondern auch vereint marschieren.

Noch einmal! Zum Zusammenschluß.

Wer über joshijische Zwissäden stolpern will, der findet leicht einen Knoten dazu und werden auch ein Duzend gute und gewichtige Gründe seinem einzigen, unhaltbaren gegenübergestellt, so wird er an diesen festhalten und ihn verteidigen, wenn es sein muß mit dem eigenen Leben. Wer vom Standpunkt früherer Umstände aus rechnet, dessen Widerwille gegen die Vereinigung wird auch durch die größte Ueberzeugungstreue von gegnerischer Seite nicht zu entfrachten sein.

Wir sind, das möge man uns glauben, nicht leichten Herzens zu diesem Entschluß gekommen, auch wir haben eine starke innere Abneigung erst überwinden müssen, um überhaupt zunächst dem Gedanken einer etwaigen Vereinigung in unserem Hirn (das ja bekannterweise bei Frauen einige Gramm weniger wiegt, als bei Männern) Platz zu schaffen; aber als erst der gute Wille da war, da nahm dieser Gedanke nach und nach eine feste Form an und vor Kurzem traten wir mit dem Vorschlag an unsere Kollegen heran, sich diesen reifen und wohlüberlegten Entschluß von allen Seiten anzusehen und uns ihre Meinung darüber zu sagen. Wir dachten gar nicht daran, daß dieses Angebot überhaupt abgelehnt werden könne, glaubten wir doch, nach dem schon oftmals besprochenen Ostobervorgängen, in denen Zahlstelle II in der Deffentlichkeit erklärte, die Frauen bei sich aufnehmen zu wollen, daß die Vereinigung stattfinden müsse, sobald wir nur die Hand dazu bieten und nun, da wir endlich uns so weit durchgerungen und eingeehrt haben, daß wir uns zusammenschließen müssen, da finden wir zu unserer größten Verwunderung den trassierten Widerstand.

Nach dem, was bis jetzt gegen uns und unseren Vorschlag vorgebracht wurde, muß man es beinahe glauben, daß an ein friedliches Zusammenarbeiten wohl kaum noch gedacht werden kann. Aber das Bedauerliche an der ganzen Sache ist nicht die Kundgabe einer großen Heißigkeit, ja Gehässigkeit, sondern am betrieblendsten wirkt der Vorfall dadurch, daß er den jungen Verbandsmitgliedern sehen läßt, in welcher wenig kollegialer Weise die zwei größten Zahlstellen sich gegenübersehen.

Ob der Idealismus der jüngeren Generation auf diese Art geschaffen und aufrecht erhalten wird? Die Kämpfe, die es bis jetzt gekostet hat, hätten uns schon längst den Muth genommen, die Sache weiter zu führen; die schmählische Rolle, die wir spielen, da wir nämlich als Bittende und nicht als gerecht Fordernde angesehen werden, hätten uns schon längst von uns geworfen, wenn es sich um unsere eigene Person gehandelt hätte; längst hätten wir denen den Rücken gekehrt, die unsere gerechten Forderungen als Bettelei betrachten und uns zurückgewiesen haben; aber, trotzdem uns so oft das Gegentheil vorgeworfen wird, wir ordnen persönliche Gefühle der guten Sache unter und kämpfen weiter für das, was wir als gut und richtig erkannt haben, wir lassen uns durch nichts von unserem Wege bringen, den wir eingeschlagen haben und verfolgen werden, bis man ihn uns so vollständig verrammelt, daß wir nichts anderes thun können, als einen ehrenwerthen Rückzug antreten oder aber bis der Weg zusammenführt mit dem der Zahlstelle II.

Zum Wohl des Verbandes wünsche ich das letztere. Wie sich aber die Sache nun auch entwickeln möge, wir wollen und weichen nicht und werden in diesem Kampfe unsere Pflicht zu erfüllen wissen bis zum letzten Augenblick.

Ann. der Red. Wir glauben nun in dieser Sache beiden Parteien zur Genüge zu dieser Angelegenheit das Wort gefaßt zu haben und werden untererleits in nächster Nummer resumierend das Schlusswort übernehmen.

Achtung! Hilfsarbeiter Berlins!

Am Freitag, den 21. September d. J., finden die

Ersatzwahlen zum Gewerbegericht

statt. An dieser Wahl können sich nur diejenigen beteiligen, welche sich in der Zeit vom 16. bis 29. Juni in die Wählerliste aufnehmen lassen. Es scheidet mit dem Ablauf dieses Jahres in Gemäßheit des § 8, Abs. 3, des Ortsstatuts vom 26. Oktober und 2. November 1892, betreffend das Gewerbegericht zu Berlin, ein Drittel der Gewerbegerichts-Mitglieder — 70 Arbeitgeber und 70 Arbeitnehmer — aus.

Zur Theilnahme an den Wahlen sind nur berechtigt: a) solche Arbeitnehmer, welche das fünfundsiebenzigste Lebensjahr vollendet und seit mindestens einem

Jahre im Gemeindebezirk Berlin Wohnung oder eine gewerbliche Niederlassung haben.

b) solche Arbeiter, welche das fünfundsiebenzigste Lebensjahr vollendet haben und seit mindestens einem Jahre im Gemeindebezirk Berlin wohnen oder, falls sie außerhalb wohnen, beschäftigt sind.

Nicht wahlberechtigt sind solche Personen,

a) welche nicht Angehörige des Deutschen Reiches sind,

b) welche die bürgerlichen Ehrenrechte in Folge strafrechtlicher Beurteilung verloren haben, oder gegen welche das Hauptverfahren wegen eines Verbrechens oder Vergehens eröffnet ist, das die Abtrennung der bürgerlichen Ehrenrechte oder der Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Aemter zur Folge haben kann,

c) welche in Folge gerichtlicher Anordnung in der Verfügung über ihr Vermögen beschränkt sind, und

d) die Mitglieder der Zimmern, für welche ein Schiedsgericht in Gemäßheit der §§ 97a und 100 d der Reichs-Gewerbe-Ordnung errichtet ist, sowie die von denselben beschäftigten Arbeiter.

Als Ausweis genügen

für den Arbeitgeber

die Bescheinigung über die erfolgte Anmeldung des Gewerbebetriebes oder die letzte Quittung über Zahlung der Gewerbesteuer.

für den Arbeitnehmer

ein Zeugniß seines Arbeitgebers oder der Polizeibehörde, sowie Steuerquittungen u., daß er seit mindestens einem Jahre innerhalb des Gemeindebezirks wohnt oder in Arbeit steht.

Formulare zur schriftlichen Anmeldung können im „Gewerkschaftsbureau“, Gewerkschaftshaus, Engel-Platz 15 I, Zimmer 8, von 9—1 und 6—8 Uhr und in der Versammlung am 22. Juni entgegen genommen werden.

Die Anmeldungen werden entgegengenommen:

1. im Wahlbureau, Poststraße 16, 2 Treppen, von 8—3 Uhr Wochentags;
2. in der Turnhalle der 131./169. Gemeindefschule, Tempelhofer-Platz 2;
3. in der Turnhalle der 62. Gemeindefschule Schmidstraße 38;
4. in der Turnhalle der 115./170. Gemeindefschule, Staliberstraße 55/56;
5. in der Turnhalle in der 23. Gemeindefschule, Straußbergerstraße 9;
6. in der Turnhalle der 8./63. Gemeindefschule, Gipsstraße 23a.
7. in der Turnhalle der 15. Gemeindefschule, Kalknien-Allee 82;
8. in der Turnhalle der 118./127. Gemeindefschule, Poststraße 8;
9. in der Turnhalle der 113./128. Gemeindefschule, Thurmstraße 86.

Pflicht jedes Wahlberechtigten ist es dafür Sorge zu tragen, daß er in die Wählerlisten eingetragen und am Tage der Wahl sich an derselben beteiligt.

Versammlungen.

Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen.

Berlin. Protokoll der Sitzung mit den Vertrauenspersonen und den Vorständen der Berliner Zahlstellen am 25. Mai 1900. Um 9 Uhr wurde die Sitzung durch den Kollegen Wittig eröffnet und ersucht dieser die Kollegin Heydemann, den Versammelten die Ursachen vor Augen zu führen, aus welchen die Zahlstelle I den Zusammenschluß wünscht. Kollegin Heydemann kommt diesem Ersuchen mit sehr sachgemäßen Ausführungen nach und führt noch einmal den ganzen Entwicklungsgang der streitigen Frage vor. Es erwidert darauf der Kollege Wittig, daß er von jenem Standpunkt aus den Zusammenschluß für schädigend hält, es mühten andere Mittel gefunden werden, die Verhältnisse der Zahlstelle I zu heben, die Nachtheile, die ein Zusammengehen mit sich bringen würde, seien schwerwiegender als die Vortheile und das in Zahlstelle II, in Folge der hohen Ortsbeiträge sehr ausgedehnte Unterstützungsweisen, würde Unzufriedenheit unter den weiblichen Mitgliedern hervorrufen. Redner schlägt vor, in Zahlstelle I eine Erhöhung der Ortsbeiträge vorzunehmen, wie es schon in einer Resolution, die in einer Mitgliederversammlung der Zahlstelle II angenommen, bekannt gegeben wurde und die auch, um die Uneinigkeit in der Zahlstelle I zu schwächen zu lassen, verlangt, daß die ruhestellenden Elemente zum Schweigen gebracht werden sollen. Es erfolgt nun eine lebhafteste Debatte, aus welcher hervorgeht, daß auf Seite der Kollegen durchaus keine Sympathie für den Vorschlag der Zahlstelle I herrsche, es wird den Kolleginnen der Vorwurf gemacht, daß es ihnen beinahe unmöglich sei, Persönlichkeiten von der Sache zu unterscheiden. Nachdem auch die 96er Vorgänge zur Sprache gekommen, erhielt Kollegin Thiede das Wort und beendete die Gründe, aus denen die jetzige Zahlstelle I damals den Zusammenschluß nicht billigen konnte und

schon von der Verbandsgründung her hätte sich die Zahlstelle I, die vorher ein blühender Verein gewesen, aus Idealismus für den Verband aufgeopfert und bezeichnet Rednerin die Gründe der Gegnerschaft als nicht stichhaltig. Sie wünscht, daß sich ein Weg finden lasse, den Zusammenschluß zu vollziehen wann aber lebhaft vor einer Beitragsverhöhung, die erst vorgenommen werden könnte, wenn wieder Lohnverbesserungen erzielt worden sind. Das Neglement des Arbeitsnachweises könne bei der Zahlstelle I nicht so genau innegehalten werden, denn wegen Ueberangebot von Stellen, können sich die Mitglieder die für sie beste und bequemste Arbeit aussuchen. Kollegin Friele, wie überhaupt die Kolleginnen, plaidieren für ihren Vorschlag und wird von ihnen behauptet, es sei besser gewesen, daß wir 1896 nicht zusammen gegangen sind, sich jetzt aber, unter der Verbandsleitung eine Vereinigung notwendig erweise und eigentlich selbstverständlich sei. Im Oktober 1899 wurde der Zahlstelle I die Aufnahme angeboten, und jetzt will man sie durchaus nicht haben. Das stehe mit einander im Widerspruch. Man bezeichnet die Gründe der Zahlstelle II als übertrieben ängstlich und nicht stichhaltig. Kollegin Heydemann führt aus, daß sie im Oktober 1899 für ihren Verein gekämpft habe und das einzige Mittel zu seiner Erhaltung in der Trennung vom Verband gesehen habe, damals habe Zahlstelle II alles aufgegeben, den Verein dem Verband zu erhalten, aber auch bewiese sie, daß es ihr nicht Ernst gewesen sei, da Zahlstelle I die Hand zur Vereinigung biete und Zahlstelle II die Gerechtigkeit dieses Vorschlags nicht einsehen wolle. Die 96er Vorgänge gaben noch verschiedentlich Anlaß zu Besprechungen und verwahren sich die Kollegen entschieden gegen den Vorwurf, daß sie damals mit verdeckten Karten gespielt hätten, ebenfalls auch dagegen, daß sie es damals auf die gefüllte Kasse des Vereins der Arbeiterinnen abgesehen hätten, doch wurde von den Kollegen ausgeführt, daß ihre Kasse infolge verschiedener Streiks sehr angegriffen war und gegen den ersten Vorwurf wurde erwidert, daß die Abrechnungen überhaupt noch nie an die Öffentlichkeit gekommen seien, aus tatsächlichen Gründen. Kollege Wittig bedauert das Zurückgreifen auf frühere Verhältnisse, er fürchtet bei einem gemeinsamen Vorstand unzweifelhaftes Zusammenarbeiten, glaubt, daß von Zahlstelle II Mitglieder abfallen werden, erwünscht das strenge Neglement des Arbeitsnachweises, dem sich die weiblichen Mitglieder dann ebenfalls zu fügen hätten, was wahrscheinlich zu Unzutraglichkeiten führen würde. Er führt aus, daß Zahlstelle II ihre Kasse behüten müsse, denn über den neuen Konkurrenten, den Anlageapparat von König und Bauer könne man durchaus nicht geringschätzend hinweggehen und kann dieser in einiger Zeit Kalamitäten unter dem Buchdruckerhelferspersonal hervorrufen. Redner hält eine Beitragsverhöhung in Zahlstelle I durchaus nicht für so undurchführbar, als es den Anschein habe und hält es nicht für zweckmäßig, bei den jetzigen ungünstigen Verhältnissen der Zahlstelle I unter die Arme zu greifen; es sei Sache des Verbandes die Zahlstelle lebensfähig zu erhalten. Kollegin Hanna schlägt sich den Ausführungen ihrer Kolleginnen an und stellt den Antrag auf Schluß der Rednerliste. Es sind noch vier Redner vorgezeichnet und wird dem Antrag stattgegeben. Kollegin Heydemann spricht von den Artikeln unserer Zeitung im Oktober 1899 und führt aus: Der Vorstand der Zahlstelle I habe aus Grund der bewilligten 10 Pct. und etwaiger Vorschüsse weitergearbeitet, aber es geht absolut nicht mehr, wenn sich die Zahlstelle nicht gänzlich auflösen soll. Kollegin Thiede beantragt: In der Woche nach Pfingsten eine kombinierte Versammlung abzuhalten, mit dem Punkt „Zusammenschluß der beiden Berliner Zahlstellen“. Dagegen läßt ein Antrag vom Kollegen Bleich ein, eine Mitgliederversammlung der Zahlstelle II abzuhalten, in der Kollegin Thiede referieren soll. Es sprechen sich noch einige Redner für und gegen die Anträge aus und wird bei der Abstimmung der Antrag Thiede abgelehnt, der Antrag Bleich gegen 6 Stimmen angenommen. Kollege Wittig erbittet von den Kollegen noch Ausschluß über ihre Meinung zum Zusammenschluß und zieht er auf einen Zwischenruf der Kollegin Thiede die oben erwähnte Resolution, betreffend die etwaige Beitragsverhöhung der Zahlstelle I zurück und ersticken sich 15 gegen 1 Stimme für die Vereinigung. Schluß der Sitzung um 12 Uhr.

Breslau. Bericht der Mitgliederversammlung vom 6. Juni 1900. 1. Berichtigung des Protokolls. 2. Berichtigungsangelegenheiten. 3. Wahl einer Tariff Kommission. 4. Verschiedenes. In Vertretung des Vorsitzenden, Kollegen Abend, eröffnete der 2. Vorsitzende, Kollege Budewig, die Versammlung. Bevor selbiger zur Tagesordnung überging, gab er der Versammlung den schnellen Tod des Kollegen Albrecht bekannt; durch Erben von den Vätern erbt die Versammlung den verstorbenen Kollegen. Darauf verlas Kollege Stadski das Protokoll von voriger Versammlung; selbiges wurde ohne Erwiderung einstimmig angenommen. Punkt 2, Berichtigungsangelegenheiten: Kollege Budewig teilte mit, daß sich wiederum fünf Kollegen in den Verband gemeldet haben. Die Namen der Kollegen sind: Pohl, Pfänder, Conrad, Piesch II und Kohlsdorf. Kollege Müller gab Bericht über das Verhalten seines früheren Prinzipals gegen ihn; selbiger wurde vom Gewerbegericht ver-

urteilt, weil er gegen den § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches gehandelt hatte. Da nichts mehr in Vereinsangelegenheiten zu erörtern war, ging Kollege Budewig auf den 3. Punkt über, Wahl einer Tariffkommission. Selbiger forderte den Antragsteller, Kollegen Müller, auf, ihm zu erklären, was er mit der Wahl einer Tariffkommission meint und bezwecken will. Kollege Müller erklärte, daß er vorläufig von der Ausarbeitung eines Tarifs noch nichts mitteilen kann; es muß erst die Wahl einer Kommission stattfinden. Kollege Kiewalter machte den Vorstand aufmerksam, daß er es den Mitgliedern wegen der Wahl einer Tariffkommission nicht so schwer machen möchte, da es sich ja nur um eine allgemeine Lohnregulierung handelt. Die Wahl wurde durch Abstimmung vollzogen. Gewählt wurden die Kollegen Müller als Obmann, Kiewalter, Schade, Boebel und Petter. Punkt 4, Verschiedenes: Kollege Budewig teilte den anwesenden Mitgliedern mit, daß der Sommerausflug Sonntag, den 24. Juni d. J., bestimmt stattfindet. Versammlungsort früh 9 Uhr am Köpplag. Von dort aus geht es mit der Kleinbahn nach Trebnitz, pro Person Fahrpreis hin und retour 80 Pfennige, was doch sehr billig ist; deshalb ermahnte selbiger die Mitglieder nochmals und forderte sie auf zu einer recht regen Beteiligung; selbige möchten auch in ihren Bekanntheitstreffen agieren zu diesem Ausfluge. Da sich niemand mehr zum Wort meldete, wurde die Versammlung mit einem Hoch auf den Verband geschlossen.

Stereotypen.

Freie Vereinigung der Stereotypen- und Galvanoplastiker Berlin und Augsburg.

Berlin. Die Monatsversammlung der Stereotypen- und Galvanoplastiker vom Mai d. J. beschäftigte sich zu Anfang der Sitzung, unter Vorsitz des Kollegen Schellbach, zunächst mit der Entsendung zweier Delegierten zur Konferenz nach Dresden. Durch Stimmzettel erhielten von 54 abgegebenen Stimmen Kollege Schellbach 49, Kollege Berlin 47, Kollege Bielefeld 6 Stimmen und waren somit die beiden Ersteren gewählt. Sodann werden verschiedene Mißstände bei Belegung von Platanen in Erwägung gezogen und erhält der Vorstand auf Antrag des Kollegen Th. Weiland von der Versammlung die Weisung, gegebenen Falls, nach beidem Ermessen zu verfahren, resp. vorzugehen. Auch werden seitens des Vorstandes Mitglieder wiederholt darauf aufmerksam gemacht, bei vorkommenden Differenzen stets den Vorstand davon zu unterrichten, da man gewärtigt sein muß, bei Nichtbefolgung dieses Beschlusses eventuell die jeweilige Konditionslosen-Unterstützung zu verlieren. Von der Neuaufnahme wurden zurückgestellt die Herren Buchholz und Richter; aufgenommen wurden die Kollegen P. Thon, F. Richter, Ost Wädig. Keugemebet hat sich Kollege Domagala. Nach Erledigung interner Angelegenheiten erfolgte Johann Schluß um 9 1/2 Uhr. (Um vielen Irrthümern zu begegnen, sei hierdurch bemerkt, daß unter Kassirer Berlin, Gypsstr. 18, Hof rechts 3 Treppen, wohnt.)

Rundschau.

Das Berliner Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, bietet auch solchen Parteigenossen und Gewerkschaftsmitgliedern, die nicht als Handwerksburden reisen, Gelegenheit zum Uebernachten. Es sind eine Anzahl Zimmer zu je zwei Betten vorhanden, die mit ihrer Einrichtung den billigen Hotelzimmern nicht nachsehen und dabei nur 75 Pf. pro Bett kosten. Wir machen unsere Leser die in Familien-Angelegenheiten, oder zu ihrem Vergnügen, oder als Agitatoren nach Berlin reisen, ganz besonders hierauf aufmerksam.

Ein Fabrikpfeifer und ein Arbeiter. Zu dem Thema wird der Sächsischen Arbeiterzeitung geschrieben. Vor einiger Zeit machte ich den Freiburger Fabrikinspektor auf die inhumanen Verhältnisse in der Druckerlei des dortigen Amtsblattes aufmerksam. Nach dem ersten höflichen Briefe währte sich nichts, auch eine Postkarte mit der höflichen, aber dringenden Bitte, doch einmal früh 8 Uhr in der Druckerlei zu erscheinen, hatte keinen Erfolg, der Fabrikinspektor kam nicht; erst ein drittes Schreiben brachte den Herrn zu einer Reuifession, aber unter welchen Umständen ging diese vor sich? Statt, wie gebeten, um 8 Uhr, wo die bestehenden Mißstände am empfindlichsten bemerkbar sind, erschien der Herr glücklich um 10 Uhr. Die angegebenen Mißstände schienen dem Herrn gleichfalls nicht besonders zu interessieren, desto mehr Eifer legte er an den Tag, den Schreiber des Briefes zu erfahren. Seine ersten Worte waren, nachdem er in den Arbeitsaal getreten war: Wer von Ihnen hat die Anzeige geschrieben? Unser Genosse war von dieser Art der Pflichterfüllung überaus stolz, zog es aber vor, zu schweigen, um der sicher zu erwartenden Wahregung zu entgehen. Schließlich hatte die Reuifession doch die Folge, daß für einige Tage bessere Luft wurde, aber schon kurze Zeit danach zog der gefährliche Rauch aus der Stereotypie wieder in den Saal und verbreitete sich über Maschinen und Sperrraum. Nach mehrmaligen Schreiben erziehen der Fabrikinspektor wieder, diesmal um 9 Uhr — die Luft war zufällig rein. Da ließ sich der Herr Fabrik-

inspektor die Einzelschreiber der Seher geben, um den Briefschreiber feststellen zu können. Der liebe Müß war vergeblich. Aber noch heute werden in der Druckerlei des Freiburger Anzeiger die Seher durch die Dämpfe aus der Stereotypie befeuchtet. Wenn diese Vorgänge die Wahregung des betreffenden Seherbüchlers nicht zu direkten Folge hatte, so ist das nur darauf zurückzuführen, daß die Schriftvergleichung des Fabrikinspektors resultatlos verlief.

Literarisches.

Die illustrierte Welt der Erfindungen. Eine geschichtliche und technische Darstellung aller Erfindungs- und Produktionszweige, unter besonderer Berücksichtigung der heutigen Technik und Großindustrie, sowie des heutigen Weltverkehrs. Unter Mitwirkung namhafter Fachmänner herausgegeben von J. H. Vogt. In wöchentlichen Lieferungen zu 10 Pf. oder in Heften zu 50 Pf. Verlag von Ernst Rich. Nachf., Leipzig. Lieferung 76—80. (Heft 16).

„An freien Stunden“ illustrierte Romandbibliothek für das arbeitende Volk in Wochenheften à 10 Pfennig. Lieferung 23 und 25 sind soeben erschienen und bringen die Fortsetzung des ergreifenden Romans „Der Weizen-Junker“ von P. Haring Gould. Ferner die feinsten literarischen Skizzen: „Eine Vorstellung vor dem Hotel-Veronal“, „Er ist beleidigt“ und „Eine russisch-jüdische Proletariatsgeschichte“. Mit dem 27. Heft, das am 7. Juli erscheint, beginnen wir mit dem Abdruck des fesselnden kulturhistorischen Romans „Der Sohn des Rebellen“ nach Victor Hugo's Roman „Der lachende Mann“.

Im Verlag von J. H. W. Diez Nachf. sind soeben Heft 1 und 2 eines neuen Lieferungsverwerkes erschienen unter dem Titel: **Gesundheitsschutz in Staat, Gemeinde und Familie**, herausgegeben unter Mitwirkung von Ärzten und Fachgelehrten von Emanuel Burm.

Das vorliegende Werk, das in gemeinverständlich Sprache und unterstützt durch zahlreiche Abbildungen im Texte wie durch farbige Tafeln den großen Volksmassen zeigt, welche Forderungen sie zur Erhaltung ihrer Lebenskraft zu erfüllen und zu stellen haben, berücksichtigt nicht nur die private Hygiene, die Gesundheitspflege, die Jeder sich selbst angeeignen lassen soll und kann, sondern auch die soziale, die durch Staat und Gemeinde zu gewähren ist.

Briefkasten.

Heydemann, Berlin. Ta der I.—II. Artikel dazielbe besagt. Artikel nicht aufgenommen.

Abrab, Breslau. Brief erhalten, besten Dank. Antwort folgt.

Verband der Hilfsarbeiter u. Arbeiterinnen z. Ortsverwaltung Berlin. — Zahlstelle II. (Hilfsarbeiter.)

Donnerstag, den 24. Juni 1900, Nachmittags präz. 12 1/2 Uhr, im „Königshof-Kasino“, Holzmarktstr. 72, oberer Saal.

● Außerordentliche Generalversammlung ●

Witgliedersbuch legitimiert!

Tages-Ordnung: 1. Mitteilungen. 2. Aufnahme neuer Mitglieder und Beitragszahlung. 3. Bericht und Neuwahl des Stellenausschusses und der Nachweis-Kommission. 4. Abänderung des § 3, Absatz a des Ortsstatuts. 5. Verschiedenes.

NB. Die Kollegen, welche noch im Besitz von Sternwarte-Billets sind, werden ersucht, die abgeleiteten Billets sofort abzuredern und die nichtbenutzten behufs Umkempelung sofort an den Kassirer Karl Stephan, Laufiger-Platz 12, einzuliefern. Diejenigen Billets, welche bis spätestens Mittwoch, den 27. Juni cr., nicht abgerechnet resp. zur Umkempelung eingelaufen sind, werden als benutzt betrachtet und müssen die Kollegen dieselben bezahlen.

Die erhöhten Beiträge (40 Pf.) werden erstmalig am 7. Juli eingezogen, an diesem Tage wird auch das erste Mal die erhöhte Unterstützung ausgezahlt. Der Vorstand.

Berein Berliner Buchdruck-Maschinenmeister.

(R. d. B. D. B.)
Dienstag, den 3. Juli 1900, präz. 9 Uhr Abends in Cohn's Festsaal, Beuth-Strasse 21

● Vereinsversammlung ●

Tagesordnung: 1. Annahmen. 2. Vereinsmitteilung. 3. Technisches. 4. Verschiedenes.
Um zahlreichen Besuch bittet. Der Vorstand.

Berein der Berliner Buchdrucker u. Schriftsetzer.

Mittwoch, den 4. Juli 1900, Abends 9 Uhr:

Bereins-Versammlung.

im Louisenstädtischen Konzerthaus, Alte Jakobstr. 37.
Tagesordnung siehe Mitteilungen.
Die verehrlichen Mitglieder werden ersucht, recht zahlreich und pünktlich zu erscheinen.